

Die Schweiz und andere Exoten

Beim Währungsfonds und der Weltbank spricht die Schweiz auch für Zentralasien

CHRISTIAN MIHATSCH

Doris Leuthard verdankt ihre Teilnahme am Ministertreffen des 24-köpfigen Währungs- und Finanzausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) der Stimmkraft einer ungewöhnlichen Koalition: Helvetistan.

1. Juli 1944. Der D-Day, die Landung der Alliierten in der Normandie, liegt drei Wochen zurück. Auf breiter Front drängen sie die Truppen von Nazi-Deutschland Richtung Rhein. Derweil diskutieren im friedlichen Bretton Woods in der Nähe von Washington Finanzexperten die Nachkriegsordnung der Weltwirtschaft. Sie begründen zwei Institutionen, einen Fonds und eine Bank. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll die Weltfinanzmärkte überwachen, um eine erneute Weltwirtschaftskrise wie in den Dreissigerjahren zu verhindern. Und die Weltbank soll den Wiederaufbau der im Krieg verwüsteten Länder finanzieren.

Nun stehen die beiden Organisationen vor der wohl grössten Herausforderung ihrer Geschichte: Das Weltfinanzsystem steht kurz vor dem Kollaps. Grob gesehen präsentiert sich die Lage ähnlich wie heute:



Kleine und Randständige. Blick auf die Karte mit den Helvetistan-Ländern. Sie sind dunkler eingefärbt, die Namen fettgedruckt.

Die Banken trauen einander nicht mehr. Gleichzeitig sind die Preise für Energie und Nahrungsmittel stark gestiegen. Dann hören aber die Parallelen auf. In verschiedenen Ländern war es bereits zu Hungerrevolten gekommen.

HELVETISTAN. Die Schweiz ist dabei nicht einfach ein Land unter 185 anderen, sondern nimmt eine herausgehobene Stellung ein: Sie hat Einsitz in die je 24-köpfigen Direktorien von IWF und Weltbank. Für ein

Land von der Grösse der Schweiz ist das nicht selbstverständlich. Denn im Gegensatz zur UNO hat nicht jedes Land einfach eine Stimme, sondern die Stimmkraft bemisst sich an der Wirtschaftsleistung eines Landes. Grosse Volkswirtschaften haben also automatisch einen Sitz, aber die Schweiz mit einem Anteil von 1,57 Prozent ist eigentlich zu klein. Den Posten verdankt sie einem historischen Glücksfall.

Als der Souverän 1992 den Beitritt der Eidgenossenschaft zu IWF und Weltbank beschlossen hat, traten gerade ein weiteres Dutzend Länder den beiden Organisationen bei: die Länder Osteuropas und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Direktorien von Bank und Fonds wurden von 22 auf 24 Sitze erweitert. Den 23. Sitz bekam Russland. blieb also der 24. Sitz. Otto Stich, der damalige Vorsteher des Finanzdepartements, erkannte die Gunst der Stunde. Den Spuren

Marco Polos folgend, bereiste er die neuen Länder entlang der Seidenstrasse: von Aserbaidschan aus weiter nach Zentralasien durch Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan an der chinesischen Grenze. Entlang dem Weg konferierte er mit Präsidenten und Diktatoren und schmiedete ein Bündnis: Helvetistan.

KLASSENSPRECHER. Die Mitglieder dieser sogenannten Stimmrechtsgruppe (siehe Tabelle) legen ihre Stimmen zusammen und haben so das nötige Gewicht, um einen Direktor stellen zu können. Da die Schweiz das grösste Land innerhalb der Gruppe ist, wählen die Mitglieder jeweils einen Schweizer. Dieser vertritt dann alle Mitglieder.

Am Samstag hat Bundesrätin Doris Leuthard in der Sitzung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses des IWF also nicht nur für die Schweiz, sondern genauso für

Polen oder Turkmenistan gesprochen und den Massnahmenplan der G-7 abgesegnet. Dass Schweizer Magistraten im Namen von autokratisch geführten Ländern sprächen, möge nach aussen komisch erscheinen, sei aber im Rahmen der beiden Institutionen normal, meint Paul Interbinen, der im Finanzdepartement für die Zusammenarbeit mit dem IWF verantwortlich zeichnet.

Die gemischte Zusammensetzung der Schweizer Stimmrechtsgruppe aus Geber- und Empfängerländern von IWF-Krediten und Weltbankhilfe habe dabei durchaus Vorteile, meint Raymond Furrer, der im Seco für die Zusammenarbeit mit der Weltbank Verantwortliche. «Die Schweizer Gruppe nimmt oft eine Brückenfunktion zwischen reichen und armen Ländern ein.» Wie wichtig diese Kooperation ist, zeigt die aktuelle Krise.

> www.imf.org
> www.worldbank.org

DIE MITGLIEDER DER SCHWEIZER STIMMRECHTSGRUPPE

Land	Bevölkerung in Mio.	BIP pro Kopf in Dollar	Stimmkraft in % (IWF)
Schweiz	7,6	41 264	1,57
Polen	38,1	16 310	0,63
Serbien	7,5	10 071	0,22
Usbekistan	27,4	2 283	0,14
Aserbaidschan	8,7	3 633	0,08
Kirgistan	5,3	2 000	0,05
Tadschikistan	6,9	1 388	0,05
Turkmenistan	5,1	8 900	0,05

Quelle: Internationaler Währungsfonds

nachrichten

Grossbritannien verstaatlicht Banken

LONDON. Die britische Regierung plant nach Medienberichten die Teilverstaatlichung zweier weiterer Banken. Wie die «Sunday Times» und der «Sunday Telegraph» berichteten, handelt es sich dabei um die Royal Bank of Scotland und die HBOS. Die Regierung würde dann zum grössten Anteilseigner in den Banken werden, wie die «Sunday Times» berichtete. Die beiden Banken wollten sich bislang nicht äussern. Mit einer Stellungnahme wird jedoch am Montag gerechnet. SDA

Was wusste die Société Générale?

PARIS. Die französische Grossbank Société Générale hat angeblich bereits frühzeitig von Luftgeschäften ihres Aktienhändlers Jérôme Kerviel gewusst, der mit 4,9 Milliarden Euro mehr Geld an der Börse verzoockt hat als je ein Mensch vor ihm. Kerviel hatte unerlaubt hoch riskante Börsengeschäfte getätigt. Die Bank hat nach eigenen Angaben erst am 18. Januar davon erfahren. Die Pariser Sonntagszeitung «Le Journal du Dimanche» berichtet unter Berufung auf Ermittlungsakten, Kerviels Luftgeschäfte seien bereits im März 2007 aufgefallen. DPA

Elektro-Porsche dürfte teuer werden

STUTTGART. Der erste Elektro-Porsche kommt nach einem Magazinbericht voraussichtlich 2009 auf den Markt. Der schwäbische Autohersteller Alois Ruf baue den Sportwagen auf Basis des Porsche 911 als Kleinserie, wie die «Wirtschaftswoche» berichtet. Zwischen 150 000 und 180 000 Euro (225 000 bis 280 000 Franken) soll der Sportwagen mit einem Gewicht von 1910 Kilogramm kosten. 550 Kilogramm wiegen die Lithium-Ionen-Akkus. Der Wagen erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 225 Kilometern pro Stunde. DPA

Unia denkt an Volksabstimmung über Mindestlohn

Die Gewerkschaft beschliesst an ihrem Kongress die Prüfung einer entsprechenden Initiative

Die Gewerkschaft Unia will ihre Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn möglicherweise an der Urne durchsetzen.

Neben der möglichen Lancierung einer Volksinitiative zugunsten eines gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns will die Unia auch in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern ihre Position weiter stärken.

Das wurde am zweitägigen Kongress der Gewerkschaft in Lugano deutlich. Sie hat deshalb auch ein Positionspapier verfasst, in dem unter dem Titel «Gute Gesamtarbeitsverträge für alle» Eckpunkte für zukünftige Verhandlungsstrategien verankert sind. Darin wird verlangt, dass die Gesamtarbeitsverträge im Vergleich zum vorgeschriebenen Minimalmass

erhebliche Verbesserungen – beispielsweise in Form von Mindestlöhnen, einem 13. Monatslohn für alle oder auch in Form eines automatischen Teuerungsausgleichs – zu bringen hätten. Zudem seien beispielsweise auch Arbeitszeitverkürzungen und konkrete Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchzusetzen. Wenn Arbeitgeber in

ihrer Branche keine sozialpartnerschaftlichen Verträge mehr wollten, bereiteten sie selber den Weg zu einer vermehrten gesetzlichen Regulierung, hiess es in einer Gewerkschaftsmittteilung.

WAHLEN. Weiter wählten die 400 Unia-Delegierten am Samstag auch eine neue Führung. Die Geschäftsleitung wurde da-

bei von elf auf neun Mitglieder verkleinert. Im Amt bestätigt wurden jedoch die zwei bisherigen Co-Präsidenten Renzo Ambrosetti und Andreas Rieger. Mit dabei sind wiederum Hansueli Scheidegger und Rita Schiavi. Der Zentralvorstand wurde ebenfalls verkleinert; er muss nun – wie die Geschäftsleitung – mindestens ein Drittel Frauen umfassen. SDA



Gewält. Hansueli Scheidegger bleibt in der Unia-Geschäftsleitung. Foto Dominik Plüss

ANZEIGE



GAAARANTIE.

Bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank ist Ihr Geld garantiert sicher angelegt. Der Kanton Basel-Landschaft haftet mit seiner Staatsgarantie ohne jede Einschränkung für Ihr gesamtes Kontoguthaben, inkl. Sparen 3-Guthaben und Kassenobligationen.

Und die BLKB ist die einzige Bank der Region Basel mit dem höchsten Sicherheitsrating AAA. www.blkb.ch



Basellandschaftliche Kantonalbank